



BERICHT

Das vierte Deutschland-Portugal-Forum auf der Suche nach gemeinsamen Antworten auf europäische Herausforderungen



Felix Dotzauer, Janina Granfar, Mariam Kheladze, Simon Schnepfer und Jana Schubert¹

Portugal und Deutschland können mittlerweile auf Jahrzehnte vertrauensvoller und harmonischer Beziehungen zurückblicken. Um die Freundschaft, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern weiterhin zu fördern, leistet das jährliche Deutschland-Portugal-Forum einen wichtigen Beitrag. Am 10. November 2016 fand das vierte bilaterale Forum mit etwa 180 Teilnehmer/-innen statt, darunter bedeutende Vertreter/-innen aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Presse beider Länder. Sie tauschten sich über mögliche Herausforderungen und Aufgaben Europas aus. Schwerpunkte der Diskussion waren wirtschaftliche Entwicklung, Außen- und Sicherheitspolitik, europäisch-afrikanische Beziehungen sowie die Zukunftsvisionen Europas.

Starke Partner vor neuen europapolitischen Aufgaben

Artur Santos Silva begrüßte die Teilnehmer/-innen des Forums. Das übergreifende Thema seiner Ansprache war das der europäischen Solidarität, deren Bedeutung er für den Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion unterstrich. Er zeigte die unterschiedlichen Wirtschaftsleistungen der WWU-Mitgliedstaaten auf, mit Deutschland als Mitglied mit hoher Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltsüberschuss, wohingegen Portugal versuche, die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. So konnte Santos Silva feststellen, dass die Arbeitslosigkeit aufgrund der flexibleren Gestaltung der Realeinkommen in Portugal gesunken

ist. Allerdings steige dadurch auch die soziale Ungleichheit. Aus diesem Grund forderte er die Politik sowohl in Deutschland als auch in Portugal zu Reformen mit dem Ziel einer Steigerung der Konvergenz zwischen den Wirtschaftssystemen in der EU auf. Ferner müsse die Solidarität auf EU-Ebene gestärkt werden, da eine wichtige Legitimationsquelle der EU Wohlstand durch Wirtschaftswachstum sowie einem stabilen und solidarischen Währungsraum sei.

Das Thema Solidarität sprach Santos Silva außerdem in Bezug auf die aktuelle Migrationskrise an: Er unterstrich, dass Portugal etlichen Migranten Zuflucht gewähre und dass gleichzeitig, im Gegensatz zu anderen Mitgliedstaaten, keine Anti-EU-Partei in Portugal erstarke.

Als Gastgeber auf deutscher Seite begrüßte *Mathias Jopp* die Gäste des Forums und thematisierte in seiner Ansprache die Ergebnisse der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl, die zwei Tage vor dem Forum stattgefunden hatte. Anlässlich der Wahlergebnisse prognostizierte er, dass sich die USA als wichtiger Partner der EU möglicherweise vom Freihandel und internationalem Engagement zurückziehen könnten.² Er zeigte des Weiteren mit Blick auf kriegerische Konflikte in der Ukraine und in Syrien, den Wandel des politischen und gesellschaftlichen Systems der Türkei sowie wachsender Demagogie und nationalem Populismus auch in einigen EU-Mitgliedstaaten die Herausforderungen auf, denen sich die EU im Inneren und nach außen stellen müsse. Angesichts dieser Herausforderungen betonte er die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal im Allgemeinen sowie in den Wirtschaftsbeziehungen im Speziellen. Er appellierte an die Forumsgäste, diese guten Beziehungen zum Ausbau Europas und insbesondere der WWU zu nutzen.

Nuno Severiano Teixeira schloss sich Santos Silvas Forderung nach mehr europäischer Solidarität an. Er betonte, dass sich die EU mit multiplen Krisen konfrontiert sehe, auf die sie noch keine Antwort gefunden habe. Aus diesem Grund sei eine starke Solidarität unter den Mitgliedern der EU besonders wichtig. Bezüglich der Herausforderungen, denen sich Portugal gegenwärtig stellen müsse, nannte Severiano Teixeira das von der EU-Kommission auferlegte wirtschaftspolitische Anpassungsprogramm. Zusätzlich müsse Portugal auf mehr wissensbasiertes Wachstum und Innovation setzen. Als wichtige Themen auf europäischer Ebene nannte er die notwendige Vertiefung der Bankenunion sowie eine Verstärkung des sicherheitspolitischen Engagements der EU.

Wirtschaftswachstum, Digitalisierung und Industrie 4.0

In ihrer Ansprache betonte *Brigitte Zypries*, damalige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die gute wirtschaftliche Kooperation der beiden Länder: Deutschland und Portugal würden sich gegenseitig unterstützen und voneinander lernen. So habe Deutschland beispielsweise sein erfolgreiches duales Ausbildungssystem nach Portugal exportieren können. Sie sprach ferner die wirtschaftspolitischen Verteilungsfragen an, die in Europa zu klären sind. Deutschland sei sich bewusst, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise in Portugal zu einem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit geführt habe. Hier böte die Bundesregierung trotz der bisherigen Fortschritte weiterhin Unterstützung an.

Darüber hinaus unterstrich Zypries die Wichtigkeit der Digitalisierung in zahlreichen Industriebereichen, die sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene weiter vorangetrieben werden solle. Wichtige Zukunftsbereiche der Digitalisierung seien die Energiewende sowie die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU). Diese sollten besonders intensiv hinsichtlich digitaler Veränderungen, beispielsweise in der Logistik, unterstützt werden. Hierfür habe Deutschland bundesweit zehn nationale Kompetenzzentren eingerichtet, in denen Digitalisierungsstrategien für KMU erprobt würden. Ferner hob Zypries die Förderung von Start-ups hervor, für die insbesondere die deutsche Hauptstadt gute Rahmenbedingungen bietet.

² Bereits kurz nach Amtsantritt kündigte US-Präsident Trump das Transpazifische Handelsabkommen (TPP) per Dekret auf.

Der portugiesische Außenminister *Santos Silva* legte besonderes Augenmerk auf die aus der Industrie 4.0 resultierenden Herausforderungen für Wachstum und Beschäftigung, die er auf verschiedenen Ebenen wie der Technologie, der Wirtschaft und der Organisationsstrukturen ansiedelte. Er betonte, dass die Politik die Bevölkerung auf die digitalen Veränderungen – wie beispielsweise E-Commerce, E-Learning und digitale Verwaltung – vorbereiten müsse, indem sie einen regulatorischen und institutionellen Rahmen schafft. Außerdem müsse ein attraktives Umfeld für Innovation und die Digitalisierungsagenda geboten werden. Diesbezüglich bedürfe es eines Kontrollrahmens, Anreize für Unternehmen und eines attraktiven wirtschaftlichen Rahmens. Santos Silva sprach sich zudem für die Umsetzung des digitalen EU-Binnenmarkts aus, verdeutlichte aber auch, dass engagierte Mitgliedstaaten wie Deutschland und Portugal in diesem Bereich auch bilateral voranschreiten könnten.

Der portugiesische Außenminister nannte anschließend einige Vorteile Portugals im Bereich der Digitalisierung: So habe sich Portugal intensiv für die Vermittlung von digitalisierungsrelevanten Kompetenzen an die eigene Bevölkerung eingesetzt. Somit sei die digitale Verwaltung in Portugal bereits Routine, denn ungefähr 98 Prozent der Verwaltungsschritte könnten digital von der Bevölkerung getätigt werden. Im Bereich der Start-ups könnten zusätzlich Anreize gesetzt werden, zum Beispiel durch Steuervergünstigungen.

Im Anschluss an die Ansprachen kommentierte *Elisa Ferreira* die Strategien und Ideen für Wachstum, Digitalisierung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Zu Beginn ihres Kommentars lobte sie den besonderen Austausch zwischen Deutschland, einem in der EU zentral gelegenen Mitgliedstaat, sowie Portugal, einem peripheren Mitgliedstaat. Dieser Austausch zwischen Zentrum und Peripherie solle fortgesetzt werden. Zudem forderte Ferreira dazu auf, das Projekt „Europäische Union“ zu schützen und weiterzuentwickeln, beispielsweise im Bereich der WWU. So müsse insbesondere die neu etablierte Bankenunion reformiert werden, außerdem müssten Wachstum und Beschäftigung angeregt werden. Dies schaffe sichtbare Ergebnisse für die Bevölkerung mit dem Ergebnis einer stärkeren Identifikation mit der EU.

Trump, Brexit und die Flüchtlingskrise

Die Diskussion zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen für die EU stand vor allem unter dem Eindruck der Wahl in den USA, aus der Donald Trump als zukünftiger Präsident hervorgegangen war. *Martin Kotthaus, Francisco Seixas da Costa, Roderich Kiesewetter, António Vitorino* und *Ronja Kempin* diskutierten, welche Auswirkungen dies auf die transatlantischen Beziehungen, die NATO und die globale Sicherheitslage haben könnte.

Bezüglich der Rolle der USA und der Zukunft der transatlantischen Beziehungen äußerten sich die portugiesischen Gäste optimistisch. Sie vertrauten darauf, dass durch die Hitze des Wahlkampfes viele Dinge hochgradig ideologisiert worden waren, sich am Ende aber der Pragmatismus der amerikanischen Außenpolitik wieder zeigen und durchsetzen werde.

Einig waren sich die Diskutant/-innen, dass die EU nach dem Brexit weiterhin eine Nähe zu Großbritannien in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen suchen sollte. Insbesondere in der Terrorismusabwehr sei die Arbeit der britischen Geheim- und Polizeidienste unerlässlich. Dennoch sei zu bedenken, dass das Engagement der Briten in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eher vorsichtig ausgefallen ist und dadurch nun Potenzial für eine engere Zusammenarbeit bis hin zu einer gemeinsamen Sicherheitsunion bestehen könnte. Einigkeit herrschte auch bei der Verstärkung des europäischen Engagements in der NATO in Form zivil-militärischer Ansätze.

In der Paneldiskussion kamen auch grundsätzliche institutionelle Fragen der Ordnung der Union zur Sprache. Die deutsch-französische Zusammenarbeit als Motor Europas sei wichtig, sie dürfe dabei bei kleineren Mitgliedsstaaten aber nicht das Gefühl erwecken, dass sie überrollt

werden und nur „abnicken“ sollen, was die größeren Mitgliedstaaten beschließen. Weiterhin wurde rückläufige Bereitschaft für weitere Integrationsschritte beobachtet. Mitgliedstaaten seien nicht bereit, Souveränität an die EU abzugeben, vor allem im Bereich der Verteidigungspolitik.

Als konkrete sicherheitspolitische Herausforderungen wurden vor allem Migration, Terrorismus und die russische Aggression genannt – um diese Punkte kreisten auch die Nachfragen aus dem Publikum. Als Grund für das Fehlen einer funktionierenden, ganzheitlichen europäischen Migrationsstrategie wurde die mangelnde Mitarbeit einiger Mitgliedsstaaten genannt. Von portugiesischer Seite wurde die von Russland ausgehende Bedrohung als nicht groß eingestuft, alleine schon aufgrund der geographischen Entfernung. Die EU solle in ihrem Verhalten gegenüber Russland flexibel bleiben – negative Entwicklungen müssten natürlich auch weitere Sanktionen mit sich ziehen, man müsse aber auch immer eine Tür zur Zusammenarbeit anbieten.

Mehr Kooperation und Austausch zwischen Afrika und Europa

Georg Schmidt, Miguel Silvestre, Annette Weber und Ricardo Soares de Oliveira beschäftigten sich mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und Afrika sowie mit den intrakontinentalen Herausforderungen, denen sich Afrika gegenübersteht.

Zu Anfang der Diskussion wurde das besondere Interesse der afrikanischen Bevölkerung an Europa zur Sprache gebracht, was im Bedürfnis der Menschen nach sicheren, stabilen, friedlichen Lebensbedingungen begründet sei. In dieser Hinsicht wurde die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika auf Augenhöhe unterstrichen, um „state building“ und einen Dialog mit/zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu fördern.

Besondere Aufmerksamkeit schenkten die Diskutant/-innen den historischen Entwicklungen, die das Schicksal der zwei Kontinente in bedeutender Weise verbunden hätten. Deswegen sei die Ausarbeitung zukünftiger Strategien seitens der EU vonnöten.³ In Anbetracht der Fehler der Vergangenheit müsse sich Europa als kreativer und anpassungsfähiger Reformakteur positionieren. Um eine stabile Entwicklung zu ermöglichen, sei zuerst eine Analyse der Ursachen von Armut in Afrika notwendig. Ein starker Anstieg der Bevölkerung, die gering diversifizierte Wirtschaft, schwach aufgestellte Staaten und Zivilgesellschaften sowie die Krisen in den einzelnen afrikanischen Staaten wurden als Hindernisse für eine nachhaltige Entwicklung genannt.

Des Weiteren wurden konkrete Schritte diskutiert, die diesbezüglich zu ergreifen sind. So wurden Vorschläge zur technischen und finanziellen Hilfe durch europäische Finanzinstitutionen genannt. Die Zivilgesellschaft zu mehr Engagement zu ermutigen, Sicherheit, Gerechtigkeit und soziale Marktwirtschaft in Afrika zu fördern, sowie die Länder bei einer schrittweisen Modernisierung und Digitalisierung zu unterstützen, seien von höchster Bedeutung.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurden die Erfahrungen portugiesischer Investoren in Afrika genauer dargestellt. Portugal sei besonders stark im sozio-ökonomischen Bereich präsent und leiste einen großen Beitrag zur Entwicklung. Mit Nachdruck kritisierten Teilnehmer/-innen aus dem Publikum dagegen das europäische Bildungssystem, das keinen tiefen Einblick in die Geschichte des Kolonialismus erlaube, und riefen folglich zur Verbesserung der Aufklärung und Bildung im Bereich der europäischen Kolonialgeschichte auf. Alle Panelist/-innen waren sich einig, dass Austausch und Aufklärung auf gesellschaftlicher und

³ Die Politik der EU gegenüber allen 54 afrikanischen Staaten ist durch die Gemeinsame Strategie Afrika-EU bestimmt. Diese wurde im Dezember 2007 von europäischen und afrikanischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon angenommen, die zu einer verstärkten und verbesserten politischen Partnerschaft und Zusammenarbeit auf allen Ebenen führen soll.

Regierungsebene sowie Einbindung der jüngeren Generationen in den Prozess zu einer nachhaltigen Entwicklung des afrikanischen Kontinents führen könne.

Die Zukunft der EU: Legitimation, Skeptizismus und Solidarität

Das Abschlusspanel thematisierte die anhaltenden Herausforderungen und Bewährungsproben der europäischen Gemeinschaft. Der deutsche Staatsminister für Europa, *Michael Roth*, und die portugiesische Staatssekretärin für Europäische Angelegenheiten, *Margarida Marques*, tauschten sich über Antwortmöglichkeiten auf die anhaltenden Herausforderungen der EU aus, welche die europäische Gemeinschaft derzeit auf eine harte Bewährungsprobe stellen. Zusätzliche Beiträge lieferten *Katrin Böttger* und *Vítor Martins*.

Im Fokus des Gesprächs standen im Kontext der Krise des Vertrauens der Bürger/-innen in die EU sowohl der Brexit als auch die zunehmende Unterstützung populistischer, nationalistischer und europaskeptischer Parteien. Betont wurde zudem die mangelnde Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, welche die Lösung der aktuellen Krisen der EU erheblich erschwert. Sowohl von portugiesischer als auch von deutscher Seite wurde mehrfach betont, wie essenziell eine vertiefte mitgliedstaatliche Zusammenarbeit sei, um im kommenden Jahr Erfolge bei der Bewältigung der multiplen Krisen erzielen zu können. In Verbindung mit der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA wurde nicht zuletzt auf die Notwendigkeit verwiesen, die Rolle der EU in der Welt neu zu definieren, um das internationale Geschehen stärker als zuvor mitzugestalten. In diesem Zusammenhang wurde die Diskussion über eine Sicherheits- und Verteidigungsunion sowie über eine europäische Armee aufgegriffen.

Das Panel wurde des Weiteren mit den Fragen konfrontiert, die spätestens nach dem Brexit unvermeidbar geworden sind: Worin liegt die „raison d'être“ der für viele als unattraktiv geltenden EU? Wie soll sich ihre Zukunft gestalten?

Es sei in erster Linie die Beständigkeit der Union in stürmischen Zeiten, die ihre Legitimationsgrundlage bildet. Dabei wurde betont, dass eine Rückkehr zu rein nationalstaatlichen Lösungsansätzen innerhalb Europas in der heutigen Zeit nicht zielführend sei. Um die Bürger/-innen davon zu überzeugen und auch die Populisten und Nationalisten zu erreichen, sei es notwendig, das Vertrauen der Menschen in die EU wiederherzustellen – der Bratislava-Prozess sei hier ein wichtiger und wertvoller Schritt in die richtige Richtung. Zudem sei er ein Mittel zur Eindämmung der bestehenden Renationalisierungstendenzen. Es wurde daran erinnert, dass sowohl der Brexit als auch die Wahl Trumps das Ergebnis einer Globalisierung ist, die nicht nur Gewinner hervorgebracht, sondern auch zu einer Marginalisierung vieler Bevölkerungsteile geführt hat. In diesem Sinne sei es die Aufgabe der EU, eine Politik der Konvergenz zu verfolgen, mit deren Hilfe der Mehrwert Europas für alle Unionsbürger/-innen klar erkennbar wird. Es wurde zudem vor einem „Youth-Exit“ gewarnt: Zu viele junge Menschen fühlten sich derzeit vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in der EU ausgeschlossen. Auch auf die Uneinigkeit zwischen politischen Entscheidungsträger/-innen und Teilen der Bevölkerung hinsichtlich politischer Lösungsansätze für die Krisen wurde eingegangen. Die EU sehe sich folglich mit der Herausforderung konfrontiert, dass viele Bürger/-innen ihrer Politik nicht mehr folgen. Als eine weitere Gefahr lasse sich die zunehmende Dominanz populistischer Aussagen und Lügen im gesellschaftspolitischen Diskurs identifizieren. Das Kriterium der Wahrheit sei folglich für viele nicht mehr entscheidend.

In einem weiteren Themenblock zur Zukunft der EU wurde auf die Frage eingegangen, wie sich die Rolle der EU nach dem Wahlausgang in den USA verändert. Einigkeit bestand darüber, dass die EU neben der Lösung innereuropäischer Probleme ihre außenpolitische Tätigkeit intensivieren müsse, ohne dabei jedoch die europäischen Werte zu vernachlässigen. Der Wunsch nach einer verstärkten sicherheits- und außenpolitischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sei auch seitens der Bürger/-innen geäußert worden. Ob von einer gemeinsamen europäischen

Armee eine Strahlkraft ausgehen bzw. ob diese allein die Gemeinschaft der EU stärken könne, wurde jedoch bezweifelt. Auch die Vervollständigung der Wirtschafts- und der Bankenunion wurde als wichtiger Aspekt benannt, um der EU ein krisenresistenteres Fundament in der Zukunft zu verschaffen.

Resümees der Botschafter: Die Zukunft Europas

Die Botschafter der beiden Länder, Christof Weil und João Mira Gomes, betonten ihre Freude über die große Übereinstimmung der deutschen und portugiesischen Positionen bezüglich der zahlreichen Herausforderungen in der EU. Die Ergebnisse des vierten Deutschland-Portugal-Forums zusammenfassend, wurde auf die Notwendigkeiten hingewiesen, innerhalb der EU künftig stärker zusammenzuarbeiten, die Ausgaben und Anstrengungen im Bereich der Sicherheit zu erhöhen, eine wichtigere Rolle im internationalen Geschehen einzunehmen sowie die wachsende Euroskepsis zu bekämpfen. Konvergenz, Kohärenz und Solidarität seien die Schlüsselbegriffe, um das Vertrauen der Bürger/-innen in die EU als Projekt der Hoffnung wiederherzustellen. Dies sei unabdingbar für die Zukunft der Europäischen Union, zu der es schlussendlich keine Alternative gebe.